Tagesordnung der 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Dienstag, 08.03.2022, 17:00 Uhr

im Großen Sitzungssaal im Kreishaus Heinsberg

Öffentlicher Teil

1. Wahl einer/s neuen stellvertretenden Vorsitzenden
2. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern/stellvertretenden Ausschussmitgliedern
3. Vorstellung der „Initiative: Kurve kriegen“ der KPB Heinsberg in Kooperation mit dem SKFM Region Heinsberg
4. Richtlinien über die finanzielle Ausgestaltung von Leistungen und anderen Aufgaben der Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) des Jugendamtes des Kreises Heinsberg – Jugendhilferichtlinien -
5. Anträge auf Bewilligung von Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder und für Tagespflege
6. Weiterzahlung Tagespflegegeld bei Quarantäneanordnung nach dem IfSG
7. Flexibilisierung der Öffnungszeiten
8. Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für die Christliche Kita in Waldfeucht-Bocket
9. Übernahme des Trägeranteils für die 2. Gruppe für den Wald- und Naturkindergarten „Tummetott“ in Übach-Palenberg
10. Sachstandsbericht und erneute Beschlussfassung zur Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
11. Bericht der Verwaltung
 - 11.1 Quoten der Versorgung und der fehlenden Plätze für das Kindergartenjahr 2022/2023
 - 11.2 Sachstandsbericht zum Kinder- und Jugendförderplan
12. Anfragen/Anträge

Nichtöffentlicher Teil

13. Anpassung des Mietzinses bei Investor-Projekten
14. Bericht der Verwaltung
15. Anfragen/Anträge

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0034/2022

Wahl einer/s neuen stellvertretenden Vorsitzenden

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Nach § 4 Absatz 5 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - AG-KJHG NW - vom 12.12.1990 in der zz. gültigen Fassung werden die/der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und deren Stellvertretung von den **stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses aus den Mitgliedern, die der Vertretungskörperschaft (Kreistag) angehören**, gewählt.

Nach dem Tod der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden bedarf es der Wahl einer neuen Stellvertretung. Infolge der Abwesenheit der Ausschussvorsitzenden wird die Wahl der Stellvertretung durch die/den Altersvorsitzende(n) des Jugendhilfeausschusses geleitet.

Nach § 3 der Hauptsatzung des Kreises Heinsberg vom 18.12.2008 in der zz. geltenden Fassung richtet sich das Verfahren des Kreistages und der Ausschüsse nach der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Heinsberg.

Nach § 23 Absatz 3 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Heinsberg gelten bei Einzelwahlen die Vorschriften des § 35 Absatz 2 der Kreisordnung. Danach werden Wahlen, wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt oder wenn niemand widerspricht, durch offene Abstimmung, sonst durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen.

Das Jugendhilferecht trifft für die Wahl der/des Vorsitzenden und deren/dessen Vertretung keine spezialgesetzliche Regelung.

Nach § 35 Absatz 2 Kreisordnung ist die vorgeschlagene Person gewählt, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erreicht hat. Nein-Stimmen gelten als gültige Stimmen. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, so findet zwischen den Personen, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben, eine engere Wahl statt. Gewählt ist, wer in dieser engeren Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0033/2022

Verpflichtung von Ausschussmitgliedern/stellvertretenden Ausschussmitgliedern

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören bzw. nicht schon als Mitglieder anderer Ausschüsse verpflichtet worden sind (§ 8 Abs. 3 der Hauptsatzung des Kreises Heinsberg) und an der konstituierenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.12.2020 nicht teilnehmen konnten, sind zu verpflichten.

Vertretungen werden jeweils bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt verpflichtet.

Die Verpflichtungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises zu erfüllen.“

Nach Durchführung der Verpflichtung ist von den Verpflichteten eine vorbereitete Niederschrift zu unterzeichnen.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0041/2022

Vorstellung der „Initiative: Kurve kriegen“, der Kreispolizeibehörde Heinsberg in Kooperation mit dem SKFM Region Heinsberg

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	-
Leitbildrelevanz:	1. und 2.
Inklusionsrelevanz:	-

„Kurve kriegen“ ist eine vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen angeregte und geförderte kriminalpräventive Initiative, die kriminalitätsgefährdeten Kindern und Jugendlichen hilft, Wege aus der Kriminalität zu finden. Die frühestmögliche Erkennung von kriminalitätsgefährdeten Kindern und Jugendlichen verfolgt die Zielsetzungen, Intensivtäterkarrieren zu vermeiden und Straftaten- bzw. Opferzahlen zu verringern.

Am 01.12.2021 hat die Kreispolizeibehörde Heinsberg in Kooperation mit dem SKFM Region Heinsberg die Realisierung dieser Initiative im Kreis Heinsberg gestartet. Frau Susanne Franken vom SKFM und Herr Jakob Liebernickel von der KPB werden das Projekt im Ausschuss vorstellen.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0029/2022

Richtlinien über die finanzielle Ausgestaltung von Leistungen und anderen Aufgaben der Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) des Jugendamtes des Kreises Heinsberg – Jugendhilferichtlinien -

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	Jugendamtsumlage
Leitbildrelevanz:	1. und 2.
Inklusionsrelevanz:	ja

Die praktische Arbeit mit den mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses zum 01.03.2020 in Kraft getretenen bisherigen Jugendhilferichtlinien hat gezeigt, dass in einigen Punkten Nachbesserungsbedarf besteht. Daher wurden diese redaktionell überarbeitet und mit dem aktuellen Pflegevertrag bei Vollzeitpflege abgeglichen. Hinsichtlich der Höhe der möglichen Beihilfen und Zuschüsse haben sich keine Änderungen ergeben.

Anpassungen erfolgten unter anderem dahingehend, dass bezüglich der Festsetzung der Pauschalen in Vollzeitpflege unter Ziffer 1.1 auf das jeweils zuständige Ministerium des Landes NRW verwiesen wird, damit abweichende Bezeichnungen nach Ablauf von Legislaturperioden nicht wieder zu einer redaktionellen Anpassung führen.

Die in Ziffer 1.2 genannte Bezeichnung Sonderpflege wurde in Erziehungsstellen umgewandelt, zudem wurde die Bezeichnung Familienbereitschaftspflege durch das Wort Bereitschaftspflege ersetzt (siehe Ziffer 1.5).

Nach Ziffer 1.7 a. F. können im Falle der vorübergehenden Abwesenheit bis zu einem Jahr die Kosten der Erziehung gewährt werden. Dieser als pauschale Vergütung gedachte Betrag hat zu Missverständnissen bei den Pflegestellen geführt, es wurde seitens der Pflegestellen eine zusätzliche Vergütung von materiellen Aufwendungen gefordert. Daher wird nun der Auszahlungsbetrag als Pauschale benannt.

Weiterhin erfolgte eine Änderung dahingehend, dass gemäß Ziffer 1.6 die Abrechnung des Vollzeitpflegebetrages tagesgenau abgerechnet wird.

Die Regelungen zur Vorlage eines Führungszeugnisses werden in den aktualisierten Pflegevertrag aufgenommen, so dass die Ausführungen unter Ziffer 1.12 a. F. entbehrlich sind.

Die Richtlinien sind als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende aktualisierte Form der Jugendhilferichtlinien.

Richtlinien**über die finanzielle Ausgestaltung von Leistungen und
anderen Aufgaben der Jugendhilfe
nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)
des Jugendamtes des Kreises Heinsberg****- Jugendhilferichtlinien -**

Die Gewährung von Beihilfen und Zuschüssen nach diesen Richtlinien erfolgt auf der Grundlage des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in der jeweils gültigen Fassung:

**1. Gewährung von Leistungen im Rahmen der Vollzeit- und Bereitschaftspflege im
Kreisjugendamtsbezirk Heinsberg**

Pflegepersonen erhalten neben dem Pflegegeld ggf. noch weitere finanzielle Leistungen (§ 39 Abs. 4-6 SGB VIII). Die Regelungen gelten grundsätzlich sowohl für den Bereich der Vollzeit- als auch der Bereitschaftspflege und unabhängig von der Rechtsgrundlage der gewährten Leistung (Hilfe zur Erziehung, §§ 27, 33, Eingliederungshilfe § 35a, Hilfe für junge Volljährige § 41 i. V. m. § 33, Inobhutnahme § 42 SGB VIII). Auf Unterschiede wird in den einzelnen Punkten gesondert hingewiesen.

1.1 Pflegegeld bei Vollzeitspflege gemäß § 39 Abs. 5 SGB VIII

Die Höhe des Pflegegeldes wird von dem in NRW zuständigen Ministerium festgesetzt und in der Regel zum 01.01. eines jeden Jahres angepasst. Die Beträge für die materiellen Aufwendungen sind altersmäßig gestaffelt. Der Erziehungsbeitrag ist altersunabhängig.

Lebt das Pflegekind bei unterhaltsverpflichteten Verwandten, gilt die Regelung des § 39 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII.

Mit dem monatlichen Pflegegeld und dem Erziehungsbeitrag sind insbesondere abgegolten:

- Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Energie, Bekleidung, Reinigung, Körper- und Gesundheitspflege, Medikamente, Hausrat, Instandhaltung, regelmäßiger Schulbedarf, Bildung, Unterhaltung, Taschengeld, kulturelle Veranstaltungen, musische Bildung, Sport und Freizeitgestaltung, Handy- und Internet-Kosten, Vereinsbeiträge, Fahrtkosten für Fahrten zur Schule, Kindergarten, Ausbildungsstätte, zu Besuchskontakten, Freunden, Freizeiterminen etc.

Auf das Pflegegeld wird das anteilige Kindergeld nach den gesetzlichen Bestimmungen angerechnet.

1.2 Erziehungsstellen

Eine Sonderform der Familienpflege ist die Erziehungsstelle als Leistung nach § 33 Satz 2 SGB VIII.

Die Haupterziehungsperson verfügt über eine Ausbildung in einem sozialpädagogischen Beruf (Erzieher, Sozialpädagoge, Sozialarbeiter etc.) und in besonderer Weise über Erziehungserfahrung.

Die Erziehungsstelle ist aufgrund dessen in besonderer Weise befähigt, Kinder/Jugendliche mit erheblichem erzieherischem Bedarf zu betreuen.

Das Pflegegeld der Erziehungsstelle orientiert sich an den Empfehlungen des Landesjugendamtes Rheinland. Dieses umfasst wie in der Vollzeitpflege auch den ministeriell festgelegten Betrag für materielle Aufwendungen nach Alter gestaffelt sowie additiv einen höheren Erziehungsbeitrag.

1.3 Erhöhung des Pauschalbetrages nach § 39 Abs. 4 Satz 3 SGB VIII bei außergewöhnlichem oder besonderem Bedarf des Pflegekinde

Der besondere Bedarf muss in der Person des Kindes begründet liegen. Ein erhöhter erzieherischer Bedarf ist bei der Mehrzahl der Kinder, die in Pflegefamilien untergebracht sind, die Regel. Um eine vom Pauschalbetrag abweichende Festsetzung des Pflegegeldes zu rechtfertigen, müssen weitere Besonderheiten hinzutreten.

Diese könnten in organisch-medizinischen Störungen, psychischen Störungen und/oder besonders schweren Erziehungsdefiziten oder Verhaltensstörungen, in deren Folge ein nicht nur vorübergehender besonderer/außergewöhnlicher Betreuungs-/pädagogischer Aufwand den deutlichen Unterschied zum „normalen“ Betreuungsrahmen abgrenzt und in besonderer Weise eine psychosoziale Belastung der Betreuungsperson vorliegt, begründet sein.

In entsprechend begründeten Einzelfällen, bei vorliegender ärztlicher und/oder fachärztlicher Diagnostik und/oder Stellungnahme des Pflegekinderdienstes, kann der Erziehungsbeitrag des Pflegegeldes um bis zu 100 % erhöht werden.

Das Unterstützungs- und Leistungsangebot vorrangig Leistungsverpflichteter ist jedoch vorab auszuschöpfen bzw. wird auf den erhöhten Erziehungsbeitrag angerechnet.

Im Rahmen der regelmäßigen Hilfeplanung wird festgestellt, ob jeweils die außergewöhnliche Bedarfssituation noch vorliegt.

1.4 Bereitschaftspflege

Die Bereitschaftspflege unterscheidet sich zur Vollzeitpflege bzw. Erziehungsstelle dadurch, dass Kinder und Jugendliche dort ad hoc aus Not- bzw. Krisensituationen für einen begrenzten Zeitraum versorgt und betreut werden.

In der Bereitschaftspflege soll die weitere Perspektive des Kindes/Jugendlichen, z.B. Rückführung in die Herkunftsfamilie, geklärt werden.

Die Pflegestelle erhält je Belegungstag 36,00 €, die Abrechnung erfolgt Tag genau. Dieser Pflegegeldbetrag deckt die Bedarfe für:

- Ernährung, Bekleidung, Reinigung, Körper- und Gesundheitspflege, Hausrat, Taschengeld, Heizung, Beleuchtung, Schulbedarf, Bildung, Unterhaltung.

Ebenso sind im Pflegegeld Fahrtkosten, insbesondere für Fahrten zur Schule, Kindergarten und Ausbildungsstätte enthalten. Durch die Aufnahme des Kindes verursachte außerordentliche Fahrtkosten (z.B. durch Therapietermine), oberhalb von 300 km/Monat können auf Antrag nach den Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes mit **zz. 0,30 € je km** erstattet werden.

Die Bereitschaftspflege dauert in der Regel bis zu maximal 3 Monaten. Ist die Beendigung der Bereitschaftspflege nach 7-monatiger Dauer nicht absehbar, gelten ab dem 8. Monat die finanziellen Leistungen der Vollzeitpflege.

Die Regelungen zu Punkten 1.7, 1.8, 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 2.6, 2.7, 2.8, 2.9 gelten entsprechend.

Erstausrüstung, Einrichtung einer neuen Bereitschaftspflegestelle

Bei Einrichtung einer neuen Bereitschaftspflegestelle wird eine Ersteinrichtungspauschale in Höhe von bis zu 600,00 € gewährt.

Ersatzbeschaffung und Renovierungskostenbeihilfe

Nach vierjähriger Tätigkeit als Bereitschaftspflegestelle für das Kreisjugendamt wird auf Antrag eine Ersatzbeschaffungs- und Renovierungskostenbeihilfe in Höhe **von bis zu 600,00 €** gewährt.

Die Notwendigkeit der Beihilfe ist vom Sozialen Dienst zu prüfen und zu begründen. Die Aufwendungen werden nach Vorlage entsprechender Nachweise erstattet, die wirtschaftliche Verwendung ist zu berücksichtigen.

1.5 Kürzung des Pflegegeldes/ Vorübergehende Abwesenheit

Bei vorübergehender Abwesenheit des Pflegekindes (z.B. Kuren, Krankenhausaufenthalt, etc.) werden sowohl die materiellen Aufwendungen als auch die Kosten der Erziehung bis zu sechs Wochen in voller Höhe weitergezahlt.

Darüber hinaus erfolgt die Zahlung einer Pauschale in Höhe **von monatlich 300,00 €** für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, wenn feststeht, dass das Pflegekind wieder in die bisherige Pflegefamilie zurückkehrt und der persönliche Kontakt weiterhin besteht. Mit dieser Pauschale sind alle entstehenden Aufwendungen abgegolten. Diese Pauschale wird taggenau abgerechnet.

1.6 Beendigung des Pflegeverhältnisses

Bei Beendigung des Pflegeverhältnisses erfolgt die Abrechnung des Vollzeitpflegebetrags taggenau.

1.7 Altersvorsorge

Pflegepersonen haben gem. § 39 Abs. 4 SGB VIII Anspruch auf die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung. Als angemessen werden Beiträge in der Höhe des jeweils aktuellen hälftigen Anteils des Mindestbeitrags zur gesetzlichen Alterssicherung anerkannt.

Die Erstattung erfolgt auf Antrag unter Vorlage des Nachweises über die entstandenen Aufwendungen.

Als Alterssicherung im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen werden alle Anlageformen anerkannt, die deutlich den Charakter einer Alterssicherung haben und deren zeitlicher Anlagehorizont (längerfristig) eine Verwendung zur Altersabsicherung bei wirtschaftlich vernünftiger Betrachtungsweise nahelegt (z.B. Kapitallebensversicherung, private Rentenversicherung, Sparpläne). Das Altersvorsorgekapital darf frühestens ab dem vollendeten 60. Lebensjahr ausgezahlt werden.

Der/die Erstattungsanspruch/Erstattungsansprüche fällt/fallen je Pflegefamilie unabhängig von der Zahl der Pflegekinder nur einmal an. Eine über die tatsächlichen Aufwendungen hinaus gehende Erstattung ist ausgeschlossen.

1.8 Unfallversicherung

Pflegepersonen haben gem. § 39 Abs. 4 SGB VIII Anspruch auf die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für die Beiträge zu einer Unfallversicherung. Der Betrag orientiert sich an den jeweils aktuellen Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge und wird je Pflegeperson unabhängig von der Anzahl der Pflegekinder geleistet.

Die Erstattung erfolgt auf Antrag unter Vorlage des Nachweises über die entstandenen Aufwendungen.

1.9 Betreuungskosten

Die Elternbeiträge für die Betreuung in einer Kindertagesstätte werden grundsätzlich übernommen.

Für die Betreuung in Kindertagespflege oder in einer Offenen Ganztagschule (OGS) werden nach Feststellung der pädagogischen Notwendigkeit durch den Pflegekinderdienst die Elternbeiträge übernommen.

Kosten für die Mittagsverpflegung fallen nicht darunter.

1.10 Fahrtkosten

Werden im Rahmen eines Pflegeverhältnisses außerordentliche Fahrtkosten verursacht und übersteigen diese **300 Kilometer im Monat**, so können diese auf Antrag ab dem 301. Kilometer im Monat mit **0,30 € je gefahrenem Kilometer** (analog Landesreisekostengesetz) bzw. in Höhe der Fahrtkosten für den ÖPNV erstattet werden.

Regelmäßig auftretende außergewöhnliche Aufwendungen sind beispielsweise Fahrten zu weiter entfernten Therapieeinrichtungen oder regelmäßige Fahrten zu einer Schule oder Betreuungseinrichtung, die auf Veranlassung des Jugendamts besucht wird. Ebenfalls dazu gehören Aufwendungen für die Wahrnehmung von Besuchskontakten zu den leiblichen Eltern, sofern diese außerhalb des Wohnorts der Pflegeperson stattfinden.

1.11 Fortbildung der Pflegeperson

Auf Antrag können Fortbildungsmaßnahmen der Pflegeperson zur Thematik Pflegekind, die von einer anerkannten Fortbildungseinrichtung durchgeführt wird, mit 50 % der Teilnahmekosten (einmal jährlich bis max. 150,00 € pro Betreuungsperson) bezuschusst werden. In besonders gelagerten Einzelfällen können auch Kosten einer Intensivberatung oder Therapie übernommen werden.

1.12 Versicherungen

Pflegekinder sind über das Kreisjugendamt haftpflichtversichert. Die Haftpflichtversicherung schließt auch Schäden im Innenverhältnis zur Pflegeperson ein. Einzelheiten sind dem Merkblatt Haftpflichtversicherung zu entnehmen.

2. Gewährung von einmaligen Beihilfen oder Zuschüssen bei Leistungen nach §§ 19, 33-35a und 41 SGB VIII

In den Fällen der § 19 (Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder), § 33 (Vollzeitpflege), § 34 (Heimerziehung oder betreutes Wohnen) § 35 (Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung), § 35 a (Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen in stationärer Form) und § 41 (Hilfe für junge Volljährige in stationärer Form) ist auch der notwendige Unterhalt des Kindes oder des Jugendlichen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen (u.a. § 39 Abs. 1 SGB VIII).

Neben den laufenden Leistungen können einmalige Beihilfen oder Zuschüsse insbesondere zur Erstausrüstung einer Pflegestelle, bei wichtigen persönlichen Anlässen sowie für Urlaubs- und Ferienreisen des Kindes oder des Jugendlichen gewährt werden (§ 39 Abs. 3 SGB VIII). Im Einzelnen werden folgende Bereiche geregelt:

2.1 Erstausrüstung der Pflegestelle

Nach § 39 Abs. 3 SGB VIII können für die Erstausrüstung einer Pflegestelle einmalige Leistungen gewährt werden. Die Erstausrüstung mit Mobiliar und Haushaltswäsche umfasst:

- Komplettes Bett mit Matratze, Kopfkissen, Bettdecke und Bettwäsche
- Weitere Zimmermöbel und Ausstattung
- Pflege- und Hygieneartikel
- Kindersitz, ggf. Kinderwagen

Die Notwendigkeit der Beihilfe ist vom Sozialen Dienst zu prüfen und zu begründen. Die Beihilfe wird in Höhe des tatsächlichen, angemessenen Bedarfs bis zu einer Höhe von 600,00€ gewährt. Die Aufwendungen werden nach Vorlage entsprechender Nachweise erstattet, die wirtschaftliche Verwendung ist zu berücksichtigen.

2.2 Erstausrüstung mit Bekleidung

Die Erstbeschaffung von Bekleidung ist mit den materiellen Aufwendungen für Pflegekinder bzw. mit dem zusätzlich gezahlten Bekleidungsgeld für Heimkinder abgegolten. Möglich

ist die Zahlung einer Beihilfe zu Beginn der Hilfe, wenn das Kind über wenig bzw. keine ausreichende Bekleidung verfügt.

Die Notwendigkeit der Beihilfe ist vom Sozialen Dienst zu prüfen und zu begründen. Die Aufwendungen werden nach Vorlage entsprechender Nachweise erstattet. Die Beihilfe beträgt maximal 250,00 €, wenn kaum Bekleidung vorhanden ist, sollte keine Bekleidung vorliegen, wird eine Beihilfe in Höhe von bis zu 300,00 € gewährt. Die Mittel sind wirtschaftlich zu verwenden.

2.3 Besondere Bedarfe

Ist auf Grund bestimmter Umstände (Adipositas, schnelles Wachstum, Lebensmittelunverträglichkeiten, Behinderungen, Schwangerschaft, Kinderwagen etc.) ein von den normalen Umständen abweichender Bedarf vorhanden, können diese zusätzlichen Kosten mit einer einmaligen Beihilfe abgedeckt werden.

Die Notwendigkeit der Beihilfe ist vom Sozialen Dienst zu prüfen und zu begründen, ggf. sind ärztliche Bescheinigungen heranzuziehen. Die Aufwendungen werden nach Vorlage entsprechender Nachweise bis zu einer maximalen Höhe von 200,00 € erstattet. Die Beihilfe kann einmal jährlich gezahlt werden.

2.4 Besondere Anlässe

Nach § 39 Abs. 3 SGB VIII können bei wichtigen persönlichen Anlässen einmalige Leistungen gewährt werden. Die Beihilfe dient der Beschaffung besonderer Bekleidung etc. Die Höhe beträgt pauschal für Kommunion, Taufe oder vergleichbare Feste anderer Religions- oder Glaubensgemeinschaften 250,00 €.

Für die schulische Ausstattung zur Einschulung in die 1. Klasse wird eine Beihilfe in Höhe von pauschal 200,00 € gewährt.

Sofern der Soziale Dienst das Ereignis bestätigt, ist keine gesonderte Bescheinigung erforderlich.

2.5 Weihnachten

Eine Weihnachtsbeihilfe wird jeweils zum 01.12. eines Jahres gemäß den Empfehlungen des Landschaftsverbandes Rheinland gewährt.

2.6 Klassenfahrt /Ausflüge

Die Kosten für eine Klassenfahrt / einen Ausflug werden in voller Höhe übernommen. Die Kostenübernahme ist auch mehrmals im Jahr möglich (Schulwechsel, mehrere Ausflüge). Ein/e Bescheinigung / Informationsschreiben der Schule ist erforderlich.

2.7 Ferienmaßnahme

Nach § 39 Abs. 3 SGB VIII können für Ferienreisen einmalige Zuschüsse gewährt werden. Das Pflegekind soll damit an den Lebensgewohnheiten der Pflegestelle teilhaben.

Im Rahmen der Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) wird jeweils zum 01.07. eines Jahres zusammen mit dem monatlichen Pflegegeld eine Pauschale von 200,00 € zur freien Verfügung an die Pflegeeltern gezahlt. Ein Verwendungsnachweis ist nicht erforderlich.

2.8 Nachhilfe

Nach § 39 SGB VIII sind zusätzliche laufende Leistungen zu gewähren, sofern der Bedarf nicht durch den Pauschalbetrag abgedeckt ist. Dieses trifft für besondere pädagogische Betreuung zu. Nachhilfeunterricht ist ein regelmäßiger wiederkehrender besonderer (zusätzlicher) Bedarf. Über die Gewährung von Beihilfen für Nachhilfe ist in jedem Einzelfall zu entscheiden. An der Entscheidung, ob eine gezielte Förderung durch Nachhilfe erforderlich und pädagogisch notwendig ist, sind der Soziale Dienst und die Schule zu beteiligen.

Nachhilfeunterricht ist ein gezielter Zusatzunterricht, den der Schüler durch eine schulpädagogisch ausgebildete Fachkraft oder einen Studenten erhält, um außergewöhnliche, aber überschaubare Lernrückstände in einem bestimmten Fach aufzuholen. Er orientiert sich am Lehrplan der Schule und dem Leistungsstand des betroffenen Schülers. Es muss eine realistische Chance bestehen, die Lerndefizite aufzuholen.

Als Grundsatz muss gelten, dass im Rahmen der Erziehungsplanung abgeklärt ist, ob das Kind bzw. der Jugendliche oder Volljährige den Anforderungen der zurzeit besuchten Schulform gerecht werden kann oder ob nicht evtl. eine Überforderung vorliegt. Es muss auch gewährleistet sein, dass es sich um tatsächlichen Nachhilfeunterricht handelt und nicht nur um eine intensive Schulaufgabenbetreuung.

Zur Vermeidung einer unverträglichen Mehrbelastung des Schülers sollte Nachhilfeunterricht auf höchstens 2 Hauptfächer bis zu einer wöchentlichen Dauer von insgesamt 3 Schulstunden (à 45 Minuten) begrenzt bleiben. Der Nachhilfeunterricht kann zunächst für ein Schuljahr erteilt und in eingehend begründeten Fällen verlängert werden.

Wird die Erteilung von Nachhilfeunterricht für erforderlich gehalten, ist dem Jugendamt von der Einrichtung/von der Pflegefamilie ein entsprechender Antrag vorzulegen, aus dem hervorgeht:

1. eine Bestätigung, dass die schulischen Fördermaßnahmen genutzt werden, aber nicht ausreichen und der Förderunterricht zur Verbesserung der Lernleistungen Erfolg verspricht,
2. in welchem Fach bzw. welchen Fächern Nachhilfeunterricht erteilt werden soll,
3. die Anzahl der Stunden und Dauer des Nachhilfeunterrichtes,
4. der Name und die berufliche Qualifikation der Lehrkraft,
5. das letzte Zeugnis.

Die Punkte 1 – 3 sind durch die Schule zu bestätigen, zur Notwendigkeit erfolgt eine Stellungnahme des Sozialen Dienstes.

Bei den Vergütungssätzen für die Erteilung von Nachhilfe-/Förderunterricht durch Lehrer/Studenten werden die Empfehlungen des Landesjugendamtes Rheinland übernommen. Den Studierenden sind Oberstufenschüler gleichgestellt.

2.9 Zuschüsse zu Sehhilfen

Brille/Kontaktlinsen:

Für die Anschaffung einer Sehhilfe ist einmal jährlich eine Bezuschussung von 30,00 € möglich. Nicht in Anspruch genommene Beträge in einem Kalenderjahr können nicht angespart/übertragen werden. Belege sind vorzulegen.

2.10 Zuschüsse zu kieferorthopädischer Behandlung

Das Jugendamt trägt den Eigenanteil (10 % oder 20 %) an der kieferorthopädischen Behandlung nach Vorlage des von der Krankenkasse genehmigten Heil- und Kostenplanes. Gesonderte Mehrkostenvereinbarungen, die über die im Heil- und Kostenplan genannten Behandlungen hinausgehen, sind nicht Bestandteil dieser Regelung.

2.11 Verselbstständigung

Im Rahmen der Lebensunterhaltsleistungen können auch Zuschüsse zur Erstausrüstung einer Wohnung gewährt werden. Die Erstausrüstung umfasst sämtliche

- Möbel, Hausrat, Elektrogeräte und Haushaltswaren, ggf. auch eine Küche und/oder Renovierungsbedarf.

Die Notwendigkeit der Beihilfe ist vom Sozialen Dienst zu prüfen und begründen.

Die Beihilfe wird in Höhe des tatsächlichen Bedarfs, maximal bis zur Höhe der u.a. Beträge gewährt. Die Kosten können nach Vorlage der Belege abgerechnet werden. Bei Bedarf kann die Beihilfe auch vorher ausgezahlt werden, dann ist die zweckentsprechende Verwendung (außer für Renovierung) anschließend nachzuweisen.

Maximale Höhe der Beihilfe für die gesamte Einrichtung:	700,00 €
Maximale Höhe der Beihilfe für die Küche:	250,00 €
Maximale Höhe der Beihilfe für die Renovierung:	150,00 €

2.12 Kautio

Bei Bedarf kann für die Wohnung eine Kautio als Darlehen gewährt werden. Die Rückzahlung erfolgt durch monatliche Raten. Zur Sicherung der Forderung wird der zukünftige Anspruch gegen den Vermieter an den Kreis Heinsberg als Jugendhilfeträger abgetreten.

2.13 Führerschein

Für Jugendliche oder junge Erwachsene, die sich in Schul- oder Berufsausbildung befinden und einen Führerschein benötigen oder auf Grund der Entfernung zur Ausbildungsstätte sowie der mangelnden Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln über einen Führerschein verfügen müssen oder bei denen ein Führerschein Klasse B Voraussetzung für eine Ausbildung ist, wird einmalig ein Zuschuss zum Erwerb des Führerscheins (für Mofa, Motorrad, PKW) in Höhe von maximal 450,00 € gewährt.

Die Auszahlung der Beihilfe erfolgt nach Vorlage des Nachweises über den erfolgreichen Abschluss der Prüfung und Höhe der Gesamtkosten.

2.14 Beginn einer Berufsausbildung/ Arbeitsaufnahme

Wird bei Eintritt in das Berufsleben vom Ausbildungsbetrieb /Arbeitgeber eine besondere Schutz- bzw. Berufsbekleidung gefordert, ist in notwendigem Umfang eine Beihilfe zu gewähren, soweit nicht der Ausbildungsbetrieb bzw. der Arbeitgeber verpflichtet ist, die Kosten zu tragen, und soweit kein Anspruch nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) besteht. Der Bedarf ist vom Ausbildungsbetrieb / Arbeitgeber zu bescheinigen. Ein Verwendungsnachweis ist vorzulegen.

2.15 sonstige Beihilfen, Sonderleistungen

Im Einzelfall können je nach erzieherischer Notwendigkeit weitere Beihilfen gewährt bzw. bei besonderem Bedarf Sonderleistungen übernommen werden. Bei Vorliegen besonderer Umstände, die von den obigen Regelungen abweichen, kann von den dort genannten Beträgen abgewichen werden. Der Bedarf ist im Einzelfall zu begründen. Die Entscheidung über die Gewährung ist als einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung vorzunehmen.

3. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am 01.04.2022 in Kraft.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0032/2022

Anträge auf Bewilligung von Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder und für Tagespflege

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	ja
Leitbildrelevanz:	1. und 2.
Inklusionsrelevanz:	ja

Das Land gewährt gemäß § 24 Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz NRW) dem Jugendamt auf der Grundlage einer zum 15. März für das im gleichen Kalenderjahr beginnende Kindergartenjahr vorzulegenden verbindlichen Mitteilung für jedes Kind, das in einer im Bezirk des Jugendamtes nach diesem Gesetz geförderten Kindertageseinrichtung eines Trägers nach § 25 Abs. 1 KiBiz NRW betreut werden soll, einen pauschalierten Zuschuss.

Gem. § 32 Abs. 2 KiBiz setzt die finanzielle Förderung der Kindertageseinrichtungen die Bedarfsfeststellung auf der Grundlage der Jugendhilfeplanung voraus. Die Jugendhilfeplanung ist damit unabdingbare Voraussetzung für die Förderung des laufenden Betriebes von Einrichtungen.

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung wird entschieden, welche Gruppenformen mit welcher Betreuungszeit in den Einrichtungen angeboten werden (§ 33 Abs. 2 und 3 und Anlage zu § 33 Abs. 1 KiBiz). Aus dieser Jugendhilfeplanung ergeben sich Höhe und Anzahl der auf eine Einrichtung entfallenden Kindpauschalen. Das Ministerium hält im Ergebnis fest, dass das KiBiz eine einrichtungsscharfe Jugendhilfeplanung fordert. Da auf die Entscheidung der Jugendhilfeplanung abgestellt wird, bedarf es insoweit eines formellen Beschlusses, der bei Abgabe der verbindlichen Mitteilung im Sinne des § 38 Abs. 1 KiBiz vorliegen muss.

Von daher wird dem Jugendhilfeausschuss die verbindliche Planung für das Kindergartenjahr 2022/23 mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt. Die Anzahl der Plätze in Tageseinrichtungen sowie die Anzahl der Tagespflegeplätze für Kinder unter 3 Jahren bzw. über 3 Jahren und die Anzahl der Tagespflegepersonen ergeben sich aus der Anlage.

Im elektronischen Antragsverfahren bedarf es der Mitteilung, dass dieser formelle Beschluss gefasst worden ist.

Beschlussvorschlag:

Der vorgelegten Jugendhilfeplanung wird zugestimmt.

Kindergartenjahr

2022/2023

Tageseinrichtung für Kinder Übach-Palenberg	Anzahl der Kinder unter drei Jahren (Ü3)										Anzahl der Kinder ab drei Jahren (Ü3)						Gesamt- Belegung
	Gruppenform I			Gruppenform II			insge- samt Ü3	Gruppenform I			Gruppenform III			insge- samt Ü3			
	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std		25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std				
Kath. Kindergarten Marienberg, (Marienstr. 15)	1	3	4	1	12	7	28	0	17	15	0	25	20	77	105		
Kath. Kindergarten St. Dionysius Frelenberg, (Ägidiusstr. 3)	0	5	4	0	0	0	9	1	7	23	0	0	0	31	40		
Kath. Kindergarten Arche Noah Übach, (Adolfstraße 18)	0	7	6	0	5	0	18	0	15	27	0	23	0	65	83		
Kath. Kindergarten St. Fidelis, (Roermonder Str. 169)	2	11	3	0	1	1	18	0	11	33	5	18	0	67	85		
Kath. Kindergarten St. Theresia, (Barbarastraße 16)	0	4	4	0	0	0	8	0	14	17	0	7	20	58	66		
Johanniter-Kindertagesstätte Übach-Palenberg (Johannerstr. 25)	0	2	10	0	2	10	24	0	0	32	0	6	16	54	78		
Christlicher Elternverein Kindergarten, Frelenberg (Theodor-Seipp-Straße 7)	0	4	9	0	7	3	23	0	8	42	0	0	0	50	73		
Integrative Kita der AWO, Scherpenseel (Planckstraße 8)	0	5	0	0	1	9	15	0	0	15	6	17	21	59	74		
AWO-Kindertagesstätte Boscheln (Friedensstraße 15)	0	9	9	0	5	5	28	0	10	32	2	12	30	86	114		
AWO Kita Übach-Palenberg (Comeniusstraße 8)	0	5	5	0	0	0	10	0	15	15	0	3	14	47	57		
AWO-Kita Stadtmitte Übach- Palenberg (Carlstr. 6)	0	6	0	0	4	7	17	0	4	10	0	14	31	59	76		
Johanniter Kita Palenberg (Im Mühlenhof 6 -10)	0	5	7	0	2	10	24	0	0	32	0	20	4	56	80		
Waldkita "Tummeltott"	0	11	0	0	0	0	11	0	29	0	0	0	0	29	40		
Summen Übach-Palenberg	3	77	61	1	39	52	233	1	130	293	13	145	156	738	971		

Kindergartenjahr

2022/2023

Tageseinrichtung für Kinder	Anzahl der Kinder unter drei Jahren (U3)						Anzahl der Kinder ab drei Jahren (Ü3)						Gesamt-Belegung				
	Gruppenform I			Gruppenform II			Gruppenform I			Gruppenform III							
	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std		insgesamt Ü3			
Waldfeucht																	
Kath. Tageseinrichtung St. Johannes (Brauerstr. 4)	0	6	2	0	0	0	8								0	34	42
Kath. Kindergarten Waldfeucht (Pfarrer-Erbel-Weg 2)	0	2	5	0	0	4	11								2	15	40
AWO - Kindergarten, Braunsrath (Im Kirchfeld 10)	0	3	1	0	0	18	22								4	4	57
Gemeindekindergarten Waldfeucht-Haaren (Hirtenweg 15)	0	13	8	0	0	0	21								0	28	88
Christlicher Kindergarten Bocket (Am Dorfplatz 2)	5	5	7	0	0	0	17								1	5	66
Triangel Haaren (Alter Klauser Kirchweg)	2	6	2	1	3	1	15								1	13	55
Summen Waldfeucht	7	35	25	1	3	23	94	4	95	128	0	21	6	254	348		

Kindergartenjahr

2022/2023

Tageseinrichtung für Kinder Wassenberg	Anzahl der Kinder unter drei Jahren (U3)										Anzahl der Kinder ab drei Jahren (Ü3)					
	Gruppenform I			Gruppenform II			insgesamt	Gruppenform I			Gruppenform III			insgesamt Ü3		
	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std		25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std			
Kath. Kindergarten St. Joh. Baptist Myhl (Schulstraße 24)	0	3	5	0	0	0	8	0	7	28	0	0	0	35		
Kath. Kindergarten St. Lambertus Birgelen (Mittlerer Weg 1)	0	6	6	0	0	0	12	0	16	15	0	14	10	55		
Kath. Kindergarten St. Georg (Stiftsplatz 2.)	1	11	3	0	0	0	15	3	26	17	0	0	0	46		
Kindergarten Apfelbaum (Am Neumarkt 23-25)	0	2	6	0	2	9	19	0	0	32	0	16	49	97		
Kindertagesstätte Rosengarten (Schulstr. 1)	0	1	5	0	0	0	6	0	0	16	0	6	16	38		
Johanniter-Kindertagesstätte Regenbogen Familienzentrum (Weilerstraße 68)	1	8	0	1	3	18	31	0	7	27	0	0	41	75		
Integrative Kita der AWO, Wassenberg (Breiter Weg 35)	0	3	2	0	5	6	16	0	1	16	0	8	15	40		
Städt. Kindergarten Steinkirchen (Martinusstr. 1a)	0	7	2	0	7	5	21	0	10	25	0	12	12	59		
Johanniter Kita Wassenberg (Forster Weg)	0	1	7	0	12	8	28	0	0	35	2	23	24	84		
Waldkindergarten Wassenberg 'Die Waldpiraten' (Im Eichengrund 1)	0	12	0	0	0	0	12	0	41	0	0	0	0	41		
Summen Wassenberg	2	54	36	1	29	46	168	3	108	211	2	79	167	570		

Kindergartenjahr

2022/2023

Tageseinrichtung für Kinder	Anzahl der Kinder unter drei Jahren (U3)						Anzahl der Kinder ab drei Jahren (Ü3)						Gesamt-Belegung				
	Gruppenform I			Gruppenform II			Gruppenform I			Gruppenform III				insgesamt Ü3			
	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std					
Wegberg																	
Kindertagesstätte Beeckerwald (Am Feldrain 14)	0	7	5	0	0	0	12	5	21	22	0	0	0	0	48	60	
Kindertagesstätte Am Feldrain, Wegberg (Am Feldrain 40)	2	1	3	6	1	14	27	2	3	11	9	4	33	62	89		
Städt. Kindergarten Klinikum (Gottfried-Plaum-Str. 7)	2	6	6	0	0	0	14	3	14	34	0	0	0	51	65		
Städt. Kindergarten Merbeck (Tillmannsweg 6)	0	4	0	3	1	7	15	0	10	8	0	0	22	40	55		
Städtischer Kindergarten Arsbeck (An der Landwehr 3)	0	8	0	0	3	9	20	0	4	30	0	22	2	58	78		
Kath. Kindergarten Rabennest (Harbecker Strasse 1)	0	6	0	0	3	8	17	1	5	8	0	8	16	38	55		
Waldkindergarten "Waldwichtel" Dalheim	0	11	0	0	0	0	11	0	42	0	0	0	0	42	53		
Johanniter Kindertagesstätte Arsbeck (Helfensteinstr. 51)	0	7	5	1	6	13	32	0	0	50	1	20	3	74	106		
Summen Wegberg	4	65	45	9	25	71	219	11	187	251	10	56	138	653	872		

**Antragstellung für das Kindergartenjahr
(Kinder mit Behinderung)**

2022/2023

Tageseinrichtung für Kinder	Anzahl der Kinder unter drei Jahren (U3)												insgesamt Ü3	Gesamt-Belegung			
	Anzahl der Kinder ab drei Jahren (Ü3)						insgesamt U3										
	Gruppenform I			Gruppenform II			Gruppenform I			Gruppenform III							
25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	insgesamt Ü3	Gesamt-Belegung	
Familienzentrum Lindenbaum e.V. (Hochstr. 28)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Kita KinderReich (Im Hatskestal 15) Gangel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
DRK Kita De Heggeströper Gangel (Magdalenastr. 34)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Kath. Kita Rappelkiste Tüddern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	0	0	4
Kath. Kita St. Lambertus Hängen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	2
Kommunale Kindertageseinrichtung, Schalbruch (Ahornstr. 1a)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
St. Hubertus Süsterseel (Karl-Arnold-Str. 8)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1

Antragstellung für das Kindergartenjahr

(Kinder mit Behinderung)

2022/2023

Tageseinrichtung für Kinder	Anzahl der Kinder unter drei Jahren (U3)									Anzahl der Kinder ab drei Jahren (Ü3)						Gesamt-Belegung	
	Gruppenform I			Gruppenform II			insgesamt U3	Gruppenform I			Gruppenform III			insgesamt Ü3			
	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std		25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std				
Waldkindergarten Tummetott Übach-Palenberg (Hügelstr.)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
AWO Kita integrativ Scherpensee! (Planckstr. 8)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	3	0	5
AWO Kita Boscheln	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
AWO Kita Übach (Carlstr. 6)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	1	0	0	4
AWO Kita Übach (Cormeniusstr. 8)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	2
St. Fidelis Boscheln (Roermonder Str. 169)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Johanniter Kita Übach (Johanniter Str. 25)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Johanniter Kita Palenberg (Im Mühlentof 6 - 10)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1

Antragstellung für das Kindergartenjahr

(Kinder mit Behinderung)

2022/2023

Tageseinrichtung für Kinder	Anzahl der Kinder unter drei Jahren (Ü3)						Anzahl der Kinder ab drei Jahren (Ü3)						insgesamt Ü3	Gesamt-Belegung				
	Gruppenform I			Gruppenform II			Gruppenform I			Gruppenform III								
	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std	25 Std	35 Std	45 Std						
Kommunale Kindertageseinrichtung, Merbeck	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0	0	1	3	3
	1	1	0	0	5	0	0	0	13	48	1	2	17	81			88	

Anlage 3 zu TOP 5

Zuschuss Kindertagespflegeplätze ×

Zuschuss Kindertagespflegeplätze gem. § 24 Abs. 1 und 2 KiBiz sowie Landesförderung der Fachberatung in Kindertagespflegeplätze gem. § 47 Abs. 3 Satz 3 ?

	Anzahl	Pauschale	Summe
Kindertagespflegeplätze für Kinder unter 3 Jahren ohne Behinderung	172	1.129,61 €	194.292,92 €
Kindertagespflegeplätze für Kinder unter 3 Jahren mit Behinderung	0	3.241,14 €	0,00 €
Kindertagespflegeplätze für Kinder über 3 Jahren bis zum Schuleintritt ohne Behinderung	15	1.129,61 €	16.944,15 €
Kindertagespflegeplätze für Kinder über 3 Jahren bis zum Schuleintritt mit Behinderung	0	3.241,14 €	0,00 €
Landeszuschuss			211.237,07 €
Für Ausfallzeiten der Kindertagespflegeperson besteht eine transparente Regelung zur Sicherstellung der Betreuung (§ 24 Abs. 3 Nr. 5 KiBiz).			☒
Die Kindertagespflegeperson verfügt über eine zusätzliche Qualifikation zur Betreuung von Kindern mit Behinderung oder drohender Behinderung oder hat mit einer solchen begonnen, z.B. Aufbauqualifikation mit 100 Stunden, staatlich anerkannte Heilpädagogin u.ä. (§ 24 Abs. 4 KiBiz).			☐
Anzahl Kindertagespflegepersonen ?	43		

Landeszuschuss zur Qualifizierung gem. § 46 Abs. 4 KiBiz

Angehende Kindertagespflegepersonen zur Qualifizierung nach dem kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege (QHB)	1	2.000,00 €	2.000,00 €
---	---	------------	------------

Speichern
Abbrechen

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0030/2022

Weiterzahlung des Tagespflegegeldes bei Quarantäne der Kindertagespflegeperson

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	Jugendamtsumlage
Leitbildrelevanz:	1. und 2.
Inklusionsrelevanz:	ja

Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie befinden sich immer häufiger Tagespflegepersonen in Quarantäne, sowohl als selbst infizierte Person als auch als Kontaktperson. In diesem Fall wird die Zahlung des Tagespflegegeldes für diesen Zeitraum eingestellt und die Person an den Landschaftsverband verwiesen, um dort eine Erstattung nach § 56 IfSG zu beantragen. Rückmeldungen der Tagespflegepersonen haben ergeben, dass die Erstattung des LVR lediglich annähernd 50 % des ursprünglichen Tagespflegeentgeltes entspricht.

Anlässlich eines Arbeitskreises der Fachberatungen des Tätigkeitsbereichs Kindertagespflege im Kreis Heinsberg wurde diese Problematik besprochen. Die anwesenden Stadtjugendämter verweisen ihre Kindertagespflegepersonen nicht an den LVR, sondern zahlen bei Quarantäne das bisherige Tagespflegeentgelt weiter. Somit entsteht den Kindertagespflegepersonen kein finanzieller Ausfall.

Damit den Kindertagespflegepersonen aus dem Kreisjugendamtsbezirk Heinsberg keine Nachteile entstehen, soll die Differenz zwischen der Erstattung durch den LVR und dem ursprünglichen Entgelt ausgeglichen werden.

Hierbei soll jedoch der Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 22.09.2021 berücksichtigt werden. Danach werden seit dem 01.11.2021 u. a. denjenigen Personen keine Entschädigungsleistungen gemäß § 56 Absatz 1 IfSG mehr gewährt, die als Kontaktpersonen bei behördlich angeordneter Absonderung keinen vollständigen Impfschutz vorweisen können, obwohl für sie eine öffentliche Empfehlung für eine Schutzimpfung vorliegt. Als Begründung wird im Beschluss angeführt, dass mittlerweile jeder ein Impfangebot erhalten hätte. Daher sei die Quarantäne vermeidbar und nicht zumutbar, dass die Allgemeinheit für den Lohnausfall aufkommen müsse.

Beschäftigte, die eine Quarantäne durch eine Impfung vermeiden könnten und dies nicht nutzen, haben damit seit November 2021 keinen Anspruch mehr auf eine Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz.

Entsprechend soll auch bei der Ausgleichszahlung durch das Kreisjugendamt wie folgt differenziert werden:

Bis zum 31.10.2021 soll der Ausgleich gleichermaßen für alle Personen in Quarantäne erfolgen.

Ab dem 01.11.2021 soll eine Ausgleichszahlung jedoch nicht erfolgen, wenn die Tagespflegeperson nicht zu dem in § 15 Abs. 1 Corona-Test- und Quarantäneverordnung genannten Personenkreis zählt, der einer Ausnahme von der Quarantänepflicht unterliegt. Wer als Kontaktperson einer positiv getesteten Person nicht von den Befreiungstatbeständen einer Quarantäne gem. § 15 Abs. 1 Corona-Test- und Quarantäneverordnung betroffen ist, hat keinen Anspruch auf eine Entschädigung gemäß § 56 IfSG; in diesen Fällen soll auch keine Zahlung durch das Kreisjugendamt erfolgen.

Damit erhalten Personen, die sich mangels vollständigen Impfschutzes in Quarantäne befinden, keinen Ausgleich.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fortzahlung des Tagespflegegeldes bei den genannten Quarantäne bedingten Betreuungsausfällen wie vorgeschlagen.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0031/2022

Flexibilisierung der Öffnungszeiten

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	38.551,30 €
Leitbildrelevanz:	1. und 2.
Inklusionsrelevanz:	ja

Flexibilisierung der Öffnungszeiten

Das KiBiz NRW gibt dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe in § 48 den Auftrag, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Familien vorzuhalten. Hierzu gewährt das Land jedem Jugendamt einen pauschalierten Zuschuss für die Flexibilisierung der Kindertagesbetreuung. Voraussetzung für den Zuschuss ist, dass das Jugendamt diesen Zuschuss zuzüglich eines 25 %igen Eigenanteils für zeitlich flexible Angebotsformen der Kindertagesbetreuung einsetzt.

Wie bereits in der Sitzung am 18. Mai 2021 berichtet, ist die Umsetzung der Flexibilisierung von Betreuungs- und Öffnungszeiten ab dem Kindergartenjahr 2022/23 vorgesehen. Hierzu wurden die Träger und Einrichtungsleitungen aufgefordert, für die eigene(n) Einrichtung(en) zu prüfen, ob eine Flexibilisierung in den Punkten

- Öffnungszeiten über 47 Wochenstunden (Betreuungszeit bleibt bei max. 45 Wochenstunden)
- Reduzierung der Schließungstage auf 15 oder weniger

umsetzbar und gewünscht ist. Hier war besonders die personelle und inhaltliche Ausgestaltung von Belang. Die eingereichten Bewerbungen wurden von der Verwaltung geprüft und die Fördersumme wurde analog der Berechnungsgrundlage, wie später beschrieben, errechnet. Danach können alle Bewerbungen berücksichtigt werden. Die Verwaltung schlägt folgende Umsetzung vor:

1) Betreuungszeiten über 47 Wochenstunden

Einrichtung:	Stunden lt. Bewerbung:	Mehrstunden (47+):	Betrag:
<i>AWO Boscheln Übach- Palenberg</i>	50 Wochenstunden	3 Wochenstunden:	43.513,00 €
<i>AWO Scherpenseel Übach- Palenberg</i>	50 Wochenstunden	3 Wochenstunden	28.278,74 €
AWO Wassenberg	50 Wochenstunden	3 Wochenstunden	21.846,24 €
St. Hubertus Selfkant- Süsterseel	48 Wochenstunden	1 Wochenstunde	7.079,80 €
St. Gertrud Rappelkiste Selfkant	47,5 Wochenstunden	0,5 Wochenstunden	4.349,02 €
Meragel Übach- Palenberg	47,5 Wochenstunden	0,5 Wochenstunden	5.481,79 €
Kinder Reich Gangelt	47,5 Wochenstunden	0,5 Wochenstunden	6.675,24 €
Gesamt:			117.223,83 €

2) Reduzierung der Schließungstage auf 15 Tage oder weniger

Einrichtung:	Schließungstage lt. Bewerbung	Reduzierung (20-)	Betrag
Waldkindergarten Waldgeister	14 Schließungstage	6 Tage weniger	9.330,17 €
Kinder Reich Gangelst	11 Schließungstage	9 Tage weniger	33.998,21 €
Meragel	10 Schließungstage	10 Tage weniger	32.204,25 €
Gesamt:			75.532,63 €

III Gesamtkosten

Für eine Umsetzung flexiblerer Betreuungs- und Öffnungszeiten bereits im Kindergartenjahr 2021/22 hat das Land 60 Mio. € zur Verfügung gestellt, von denen 330.000 € auf den Kreis Heinsberg entfallen wären; dementsprechend hätte der Eigenanteil 82.500 € betragen.

Im Kindergartenjahr 2022/2023 wird sich die Gesamtförderung des Landes auf 80 Mio. € belaufen. Die Verteilung der Fördersumme auf die einzelnen Jugendämter steht zwar noch nicht fest, allerdings ist von einem Zuschuss in mindestens derselben Höhe wie im lfd. Jahr auszugehen.

Art:	Summe:
Landeszuschuss:	330.000,00 €
Eigenanteil:	82.500,00 €
Gesamtsumme:	412.500,00 €

Nach Berücksichtigung aller eingegangenen Bewerbungen entstehen folgende Kosten:

	Kosten:
47+ Wochenstunden:	117.223,83 €
Reduzierung der Schließungstage:	75.532,63 €
Gesamtkosten:	192.756,46 €
Eigenanteil:	38.551,30 €

Die maximale Fördersumme wird im Kindergartenjahr 2022/23 noch nicht erreicht werden, so dass in weiteren Jahren das Angebot ausgebaut werden kann.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Flexibilisierung gem. § 48 KiBiz entsprechend dieser Vorlage umzusetzen und in den kommenden Jahren auszubauen. Die Übernahme des Eigenanteils wird zugesichert.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0035/2022

Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für die Christliche Kita in Waldfeucht-Bocket

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss
22.03.2022	Kreisausschuss
05.04.2022	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	280.000,00 €
----------------------------------	--------------

Leitbildrelevanz:	1. und 2.
--------------------------	-----------

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Die Tageseinrichtung soll um zwei Gruppen erweitert werden. Die Kita besteht derzeit aus zwei Gruppen und einer Übergangsguppe in der Dorfhalle. Unmittelbar angrenzend an der Kita wurde dem Elternverein bzw. der Gemeinde Waldfeucht ein großes Baugrundstück angeboten, welches nun die Erweiterung ermöglicht. Die Gemeinde Waldfeucht hat das Baugrundstück erworben und durch Beschluss des Rates der Gemeinde unentgeltlich an den Elternverein übertragen. Durch die Erweiterung entstehen zusätzlich 40 neue Plätze. Die voraussichtlichen anererkennungsfähigen Kosten betragen 1.600.000,00 €. Die Wirtschaftlichkeit dieser Kosten wurden durch das Amt für Gebäudewirtschaft bestätigt. Das Landesjugendamt hat aufgrund der Planung die Erteilung einer Betriebserlaubnis zugesagt.

Mit den derzeit geltenden Fördersätzen kann durch Landesmittel nur eine Baukostensumme von 1.188.000,00 € abgedeckt werden. Der Träger ist verpflichtet, dazu einen Eigenanteil i. H. v. 132.000,00 € zu leisten, so dass eine Finanzierungssumme von 1.320.000,00 € abgedeckt ist. Aufgrund der Tatsache, dass es sich um einen Elternverein handelt, kann bereits der pflichtige Eigenanteil nur schwerlich getragen werden; die Aufbringung darüber hinausgehender Mittel ist nicht möglich.

Es verbleibt ein Finanzierungsdefizit von 280.000,00 €. Aus diesem Grund beantragt der Träger einen Investitionskostenzuschuss aus Kreismitteln in genau dieser Höhe, um die dringend benötigte Erweiterung der Tageseinrichtung um die 3. und 4. Gruppe realisieren zu können.

Mit Hilfe dieses Zuschusses würde die Einrichtung in Gänze im Eigentum des Elternvereins stehen, so dass künftig keine Mietkosten in die Betriebskostenabrechnung einfließen, die - wie bei einem Investorenmodell ansonsten üblich - dauerhaft bezuschusst werden müssten. Hier fallen bei vergleichbaren Objekten schnell 46.000,00 € jährlich an, so dass sich dieser einmalige Investitionskostenzuschuss schon nach 6 Jahren amortisiert haben wird.

Sofern der Christliche Kindergarten Bocket e. V. die Trägerschaft der Einrichtung aufgeben würde, ginge das Eigentum nach Information der Gemeinde Waldfeucht satzungsgemäß auf die Gemeinde über.

Beschlussvorschlag:

Dem Christlichen Kindergarten Bocket e. V. wird zur Erweiterung der Tageseinrichtung um eine 3. und 4. Gruppe ein Investitionskostenzuschuss i. H. v. 280.000,00 € bewilligt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0036/2022

Übernahme des Trägeranteils für die 2. Gruppe für den Wald- und Naturkindergarten „Tummetott“ in Übach-Palenberg

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	
	30.549,87 €
Leitbildrelevanz:	
	1. und 2.
Inklusionsrelevanz:	
	ja

Der Wald- und Naturkindergarten „Tummetott“ soll um eine Gruppe ab dem Kindergartenjahr 2022/2023 erweitert werden. Der Kindergarten steht im Eigentum des Trägers.

Die Finanzierung der Kindertagesstätten nach dem KiBiz setzt sich aus einem Landesanteil, einem Jugendamtsanteil und einem Trägeranteil zusammen. Der Finanzierungsanteil des Trägers beträgt gem. § 36 Abs. 2 KiBiz bei anderen freien Trägern 7,8 %.

Der Kreis als öffentlicher Träger der Jugendhilfe ist auf eine funktionierende und kooperative Trägerlandschaft angewiesen. Die Rahmenbedingungen zum Betrieb einer Kindertagesstätte sind schwierig und den Trägern ist es regelmäßig nicht möglich, die Trägeranteile aus eigenen Mitteln aufzubringen. Die Ausübung einer Trägerschaft kann nur dann geleistet werden, wenn der Kreis den Trägeranteil übernimmt.

Mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 11.12.2017 hat der Kreis Heinsberg erstmalig bei neuen Bauprojekten ab Inbetriebnahme die Trägeranteile an den Betriebskosten übernommen. Durch Jugendhilfeausschussbeschluss vom 18.05.2021 wurde diesem Träger bereits die Übernahme des Trägeranteils für die erste Gruppe aus Kreismitteln bewilligt. Der Träger beantragt nun die Übernahme des Trägeranteils auch für die zweite Gruppe. Unter Bezugnahme auf die vorangegangenen Entscheidungen soll eine weitere Bewilligung für die zweite Gruppe erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Übernahme des Trägeranteils für die zweite Gruppe des Wald- und Naturkindergartens „Tummetott“ zu.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0045/2022

Sachstandsbericht und erneute Beschlussfassung zur Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Beratungsfolge:	
08.03.2022	Jugendhilfeausschuss
Finanzielle Auswirkungen:	
Leitbildrelevanz:	1. und 2
Inklusionsrelevanz:	

Die Landesmittel für den Ausbau der spezialisierten Beratung in NRW wurden für das Haushaltsjahr 2022 auf insgesamt 8,7 Millionen Euro angehoben. Das wurde diesseits zum Anlass genommen, mit dem MKFFI noch einmal intensiv über die personelle Ausgestaltung der Fachberatungsstelle im Kreis Heinsberg zu verhandeln. Um dem Bedarf der flächendeckenden Beratung und präventiven Arbeit im Kreis Heinsberg gerecht werden zu können, hat sich das MKFFI dazu entschlossen, insgesamt 6,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zu 80% zu finanzieren. Wie bereits berichtet und in der Sitzung am 10.08.2021 beschlossen, sind die ungedeckten Personal- und Sachkosten durch die beteiligten Jugendämter aufzubringen.

Somit konnte wieder zu der ursprünglichen Planung mit den drei bisher interessierten Trägern AWO, Caritasverband und DKSB zurückgekehrt werden. Diese werden eine Fachberatungsstelle mit drei Standorten (AWO in Heinsberg, Caritasverband in Geilenkirchen und DKSB in Erkelenz) bilden. Die 6,5 VZÄ werden zu gleichen Teilen auf die Träger bzw. die Standorte verteilt. An jedem Standort sollen 1,0 VZÄ psychologische Fachkraft sowie 0,5 VZÄ und 0,67 VZÄ sozialpädagogische Fachkräfte tätig sein.

Die zwischenzeitlich von den Beteiligten erarbeitete Leistungs- und Qualitätsbeschreibung wird die Grundlage für die Arbeit der Fachberatungsstelle sein. Eine Steuerungsgruppe, bestehend aus Träger- und Jugendamtsvertretungen, wird die Arbeit der Fachberatungsstelle anfänglich einmal im Monat, nach Etablierung der Arbeitsprozesse einmal im Quartal begleiten.

Die Träger haben ihre aufeinander abgestimmten Anträge fristgerecht beim LVR gestellt. Aktuell (Stand 23.02.2022) werden im direkten Kontakt zwischen den Trägern und dem LVR als Genehmigungsbehörde letzte Detailfragen geklärt.

Der DKSB hat bereits eine vorzeitige Bewilligung ab 01.03.2022 erhalten und wird dementsprechend auch im März mit der Präventionsarbeit an Schulen und Kitas beginnen.

Der LVR hat alle fünf beteiligten Jugendämter darauf aufmerksam gemacht, dass die Formulierungen der für die Bewilligung der Anträge erforderlichen und bereits vorgelegten Beschlüsse der jeweiligen Jugendhilfeausschüsse nicht eindeutig die Förderbedingungen erfüllen. Daher bittet der LVR um erneute Beschlussfassungen.

Der hiesige Beschluss vom 10.08.2021 lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den anderen Jugendämtern im Kreis Heinsberg einen Kooperationsvertrag mit einem oder mehreren freien Trägern der Jugendhilfe zu schließen. Der Vertrag zielt darauf ab, eine spezialisierte Beratungsstelle bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Kreis Heinsberg einzurichten. Das Beratungsangebot ist in die örtliche Jugendhilfeplanung einzubeziehen. Der Auftrag beinhaltet die verbindliche Zusage der Übernahme der ungedeckten Personal- und Sachkosten.

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss vom 10.08.2021 wird neu gefasst und lautet nun wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den anderen Jugendämtern im Kreis Heinsberg einen Kooperationsvertrag mit einem oder mehreren freien Trägern der Jugendhilfe zu schließen. Der Vertrag zielt darauf ab, eine spezialisierte Beratungsstelle bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Kreis Heinsberg einzurichten. Das Beratungsangebot ist in die örtliche Jugendhilfestruktur sowie in regionale Maßnahmen nach § 8a SGB VIII einzubeziehen. Der Auftrag beinhaltet die verbindliche Zusage der Übernahme der ungedeckten Personal- und Sachkosten.